

Donnerstag, 11. Oktober 2012 18:57 Uhr

URL: <http://www.gelnhaeuser-tageblatt.de/lokales/main-kinzig-kreis/brachttal/12477119.htm>

# Gelnhäuser Tageblatt

BRACHTTAL

---

## „Kleine Gemeinde, die am Abgrund steht“

04.10.2012 - BRACHTTAL

### **Brachttaler Parlamentsausschüsse diskutieren über Prüfbericht des Landesrechnungshofes**

(an). In einem waren sich alle einig: Brachttal sei eine „kleine Gemeinde, die am Abgrund steht“, wie es Dieter Weber (SPD) formulierte. Und so saßen die beiden Ausschüsse der Brachttaler Gemeindevertretung am Dienstagabend im Dorfgemeinschaftshaus Streitberg zusammen, um über den kommunalen Rettungsschirm zu diskutieren und über den Prüfbericht, in dem der hessische Rechnungshof auch Brachttal unter die Lupe genommen hatte. Die Gemeindevertreter erhofften sich daraus weitere Möglichkeiten, wie man einsparen und mehr einnehmen könnte. Die Sitzung endete damit, dass sich die Ausschussmitglieder bis zum 15. Oktober diesen Bericht vornehmen und daraus Vorschläge herausziehen sollen.

Brachttal hat bereits beim Land Hessen den unverbindlichen Antrag auf Aufnahme in den kommunalen Schutzschirm gestellt, eine Kommission hat eine Vorschlagsliste erarbeitet, wie man einsparen und Mehreinnahmen erzielen könnte. Doch bisher habe die Gemeinde keine Antwort erhalten, wie Bürgermeister Christoph Stürz bekannt gab. Die vergleichende Prüfung, in der der Landesrechnungshof mehrere kleine Gemeinden wie Brachttal unter die Lupe nahm, könne Anregungen für die künftige finanzielle Gestaltung geben. Die Vorschläge seien ja zum Teil schon in den Konsolidierungspfad eingeflossen. „Die Lage in Brachttal ist wirklich schlecht“, stellte der Rathauschef fest. Dieter Weber (SPD) hielt es für sinnvoll, das eine oder andere aus dem Bericht aufzunehmen. Und Klaus Schumann (CDU) machte den Vorschlag, herauszuarbeiten, wo Brachttal in diesem Bericht besonders gut oder schlecht abschneidet, um daraus Konsequenzen zu ziehen, was

allgemein auf Zustimmung stieß.

Christoph Stürz gab bekannt, dass zurzeit die Gebührensatzungen für die Friedhöfe und die Feuerwehren überarbeitet würden. Einfacher werde es bei der Satzung über die Verwaltungsgebühren. Darüber werde es am 31. Oktober in der Gemeindevertretung eine Vorlage geben. Dann könne voraussichtlich auch der Entwurf des Haushalts 2013 eingebracht werden. Der Erste Beigeordnete Markus Gleiß (FWB), der auch in der Kommission mitgearbeitet hatte, sah in dem Bericht des Rechnungshofs drei bis vier Themen, die man in die Liste für den kommunalen Schutzschirm aufnehmen könnte. Dazu sagte Christoph Stürz, dass man das Werk nicht verändern könne, solange es keine Rückmeldung gibt. Das Werk müsse jedoch fortgeschrieben werden, „ob wir jetzt unter den Schutzschirm kommen oder nicht“. Der Beigeordnete Heiner Gunia (Grüne) sah in der Arbeit der Kommission die Grundlage der Sparanstrengungen der Zukunft, „egal, wie es mit dem Schutzschirm ausgeht“. Und der Prüfbericht des Landesrechnungshofes bestehe sowohl aus einer kritischen Rückschau als auch aus Empfehlungen für die Zukunft. „Es ist dringend erforderlich, dass mehr Bewegung in die Sache kommt.“ Darauf erwiderte der Bürgermeister, dass die Verwaltung bereits „bis an die Schmerzgrenze arbeitet“.

Christiane Gunia (Grüne) sagte, dass in dem Bericht Defizite festgestellt worden seien, die man in Angriff nehmen sollte. „Wir bräuchten eine Prioritätenliste, die wir abarbeiten können.“ Den Grünen stieß in dem Bericht, der die Gemeinde bis zum Jahr 2010 untersuchte, unter anderem diese Bemerkung der Prüfer auf: „Unter Gesamtwürdigung der Prüfungsergebnisse stellen wir fest, dass die Gemeinde Brachttal nicht rechtmäßig und auf vergleichenden Grundlagen sachgerecht und wirtschaftlich geführt wurde. Die Gemeinde Brachttal verfügte in allen Jahren des Prüfungszeitraumes über nicht durch die Haushaltssatzung legitimierte Kassenkreditvolumina, die teilweise voll ausgeschöpft wurden. Zudem wurden in den Kindertagesstätten der Gemeinde Mitarbeiter eingestellt, ohne dass hierfür ein genehmigter Stellenplan vorlag.“ Und für Heiner Gunia war das heikelste Thema im Bericht „der implizierte Vorwurf, dass die Verwaltung überausgestattet ist“. Fest stehe ja, dass die Mehrzahl der anwesenden

Ausschussmitglieder nicht für die geschilderte Situation verantwortlich sei. „Wir sollten einen überparteilichen Konsens finden“, schlug der Grünen-Vertreter vor.

Dieter Weber machte schließlich den Vorschlag, dass bis zum 15. Oktober alle die 98 Seiten des Berichtes durcharbeiten und daraus eine Vorschlagsliste herausarbeiten sollten. Und diese Vorschläge, ergänzte Christian Klas (FWB) müssten dann zusammengeführt werden. Toni Mutter (SPD) regte schließlich noch an, diese Vorschläge fraktionsweise zu bündeln, um schneller zu einem Ergebnis zu kommen. Man einigte sich darauf, gemäß dieser Vorschläge zu verfahren.

---

© Gelnhäuser Tageblatt 2012

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung des Gelnhäuser Tageblatt